

HAYASHIMA Akira: *Die Illusion des Sonderfriedens. Deutsche Verständigungspolitik mit Japan im Ersten Weltkrieg*. München und Wien: R. Oldenbourg Verlag 1982 (Studien zur Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts. Abhandlung der Forschungsabteilung des Historischen Seminars der Universität zu Köln. Bd. 11).

Diese stark gekürzte Fassung einer Kölner Dissertation basiert nicht nur auf den umfangreichen Beständen in den Archiven Deutschlands, Japans und anderer Länder, sondern auch auf den Tagebüchern und dem Nachlaß von Uchida Sadatsuchi, der Japan von 1912 bis 1918 als Gesandter in Schweden vertreten hatte. Berlins Versuche für einen Sonderfrieden mit Tôkyô, die über die Gesandtschaften in Stockholm und – weniger intensiv – in Peking unternommen wurden, waren einerseits die Fortsetzung der Bemühungen um eine japanische Neutralität vom August 1914 und andererseits die Folge der im November des gleichen Jahres herangereiften Erkenntnis, daß der Krieg mit militärischen Mitteln nicht mehr zu gewinnen sei. Die Sondierungen fanden in den Jahren 1915/16 statt, doch lassen sich weitere Kontaktversuche bis unmittelbar vor dem Ende des Krieges nachweisen.

Nach der Besetzung der deutschen Südseekolonien nördlich des Äquators und der Einnahme von Tsingtau befand sich Japan praktisch nicht mehr im Krieg mit den Mittelmächten. Im Gegenteil verschlechterten sich seine Beziehungen zu den Alliierten und den USA wegen seiner expansionistischen Politik in China immer mehr. Der in Deutschland von Auswärtigem Amt, Militärs, Wirtschafts- und Finanzkreisen sowie einigen Parteipolitikern verfolgte Kurs zielte darauf ab, das wegen seiner begrenzten Kriegsziele und seiner Unlust zu militärischen Aktionen als schwächstes Glied in der Kette der Gegnermächte angesehene Japan aus dem Belagerungsring herauszubrechen und als „Boten nach Petersburg“ zu benutzen. Das Zarenreich, so lautete die Schlußfolgerung, würde dadurch von seinen Verbündeten isoliert, müßte auf die umfangreichen japanischen Rüstungslieferungen verzichten und hätte obendrein einen japanischen Angriff in seinem Rücken zu fürchten. Es würde deshalb einen Frieden mit dem Deutschen Reich und seinen Verbündeten anstreben. Langfristig erhoffte man sich außerdem eine Abwendung Tôkyôs von London und eine Anlehnung an Berlin.

In den letztlich gescheiterten Versuchen hatte die ältere Forschung eine große und von Deutschland etwas leichtfertig vertane Chance für eine weltpolitische Wende gesehen. Im Gegensatz dazu kommt Hayashima zu dem Schluß, eine derartige Möglichkeit habe angesichts der japanischen Interessen niemals bestanden. Die lockeren Kontakte, die gar nicht das Stadium von „Verhandlungen“ erreicht hätten, hätten wegen der „Ambiguität“ der japanischen Politik falsche Hoffnungen erweckt. Tôkyôs wahres Kriegsziel, im Windschatten des Konfliktes in Europa eine Vorherrschaft über China zu errichten, sei von Berlin gar nicht erkannt worden. Zur Verwirklichung der japanischen Pläne hätte das Deutsche Reich gar nicht beitragen können. Mit dem Angebot, Tsingtau und die Südseeinseln an Japan zu übertragen sowie auf seine Rechte in China zu verzichten, konnte Berlin kaum mehr bieten, als Tôkyô sich bereits selbst genommen hatte. Angewiesen war Japan dagegen für die Errichtung einer Vorherrschaft über China noch auf die Zustimmung der Alliierten; deshalb habe es sich, so Hayashima, als loyaler Bündnispartner aufzuführen müssen. Es habe deshalb – nicht etwa zum Zwecke der Erpressung – England von der deutschen Initiative unterrichtet und auf britische Forderungen hin an Berlin das Verhandlungsangebot für einen allgemeinen Frieden weitergegeben. Das Deutsche Reich aber hätte dadurch auf seine Kriegsziele verzichten müssen und lehnte ab.

Interessanter dagegen war nach Hayashimas Ausführungen das deutsche Angebot für größere Kredite und wirtschaftliche Unterstützung bei Japans industrieller Entwicklung und zur Durchführung der geplanten Festlandspolitik. Hierin lag zu einem großen Teil der Grund für die „Ambiguität“, die ihren deutlichsten Ausdruck in den – von Berlin als Absicht nach einer drastischen Kursänderung uminterpretierten – häufigen Äußerungen Uchidas fand, Japan sei im Grunde deutschfreundlich eingestellt und strebe gute bilaterale Beziehungen nach Beendigung des Krieges an. Die opportunistische Haltung und die Rolle des Gesandten, der weitgehend ohne Anweisung durch Tōkyō gehandelt zu haben scheint, hatte bisher kein Historiker zu deuten vermocht. Gleichzeitig wird wieder einmal klar, über wie große Freiheiten japanische Diplomaten gegenüber dem Außenministerium verfügten.

Der Leser hätte sich gewünscht, daß der Autor seine Untersuchung in einem Ausblick zeitlich etwas über den selbst gewählten Rahmen hinausführt und die Kontinuität einer Reihe von Problemen nachweist. So hatten z. B. viele Japaner nach dem Ersten Weltkrieg – entsprechend einer deutschen Prophezeiung – angesichts einer fast uneingeschränkten angelsächsischen Vorherrschaft in der Welt tatsächlich den Eindruck, „aufs falsche Pferd gesetzt zu haben“. Die vom Druck des europäischen Krieges befreiten Westmächte verweigerten Tōkyō – oft im Widerspruch zu früheren Vereinbarungen – die Vormachtstellung in China. Als Japan sich zwei Jahrzehnte später die Suprematie durch Waffengewalt zu sichern suchte, geriet es – ebenfalls entsprechend einer deutschen Voraussage – in einen Krieg mit Amerika und dem einst verbündeten England. Auch die während des Ersten Weltkrieges als Alternative zu einer Anlehnung an die angelsächsischen Mächte erschienene Bildung eines deutsch-russisch-japanischen Blocks erfuhr in der Zeit um 1940 eine Wiederbelebung und geriet an den Rand ihrer Verwirklichung. In dieser Zeit fanden auch Vorstellungen aus dem Ersten Weltkrieg in dem „Dreimächtepakt“ ihre schriftliche Fixierung, Japan als Vormacht in Ostasien und Deutschland (nun zusammen mit Italien) als Vormacht in Europa anzuerkennen.

Gerhard Krebs, Tōkyō